

Stellungnahme zum BPT-Antrag A100 „Einstieg zum Aufstieg – für eine moderne berufliche Bildung „

Beschlossen von der 33. Bundesdelegiertenversammlung
am 9. und 10. Juni 2017 in Berlin-Schöneberg.

Im Antrag A100 sind die Zeilen 134 bis Satzende in 136 zu streichen.

Grundsätzlich wäre eine Kostenfreiheit für die Betreuung von Kindern aller Altersstufen in den Kindertagesstätten zu begrüßen. Ob dieses durch einen Rechtsanspruch der Eltern gegenüber den Kommunen verbunden werden muss, hält die VLK nicht für zwingend. Voraussetzung für diese Kostenfreiheit ist jedoch ein vollständiger Ausgleich der wegfallenden Elternbeiträge durch den Bund. Es handelt sich hier um Finanzmittel von mehr als 4 Mrd. Euro pro Jahr bundesweit, die dauerhaft den Kommunen zur Verfügung zu stellen sind. Dieses entspricht dem Konnexitätsprinzip, wenn durch eine bundesweite Regelung Elternbeiträge für die Kita-Nutzung aufgehoben werden sollen. Diese Summe dürfte in den kommenden Jahren überproportional steigen, da im U3-Bereich die bundesweite Betreuungsquote in den nächsten Jahren dynamisch wachsen dürfte.

Grundsätzlich sollte die Finanzierungsstruktur der Kindertagesstätten insbesondere hinsichtlich der laufenden Kosten zukünftig wie folgt aussehen: Jeweils ein Drittel Kosten müssen anteilig durch Kommunen bzw. Kita-Träger, Ländern und Bund getragen werden. Mit der Eigenfinanzierung von anteiligen Kosten bleibt der Anreiz bei den Kommunen bestehen, wie bisher diese Aufgaben so wirtschaftlich, aber auch pädagogisch so sinnvoll wie möglich zu lösen. Pauschalen von Bund und Ländern, die pro betreutem Kind – festzulegen an einem Stichtag im Jahr – gewährt werden, wären alle 2 Jahren entsprechend der Personalkostenentwicklung zu dynamisieren.

Anschließend sei darauf hingewiesen, dass derzeit und voraussichtlich mittelfristig die größte Hürde bei einer Ausweitung des Betreuungsangebotes das fehlende Fachpersonal ist. Zur Zeit können in den großen Ballungszentren teilweise bereits vorhandene Kita-Plätze mangels Fachpersonal nicht belegt werden, da dieses Problem sich weiter verschärfen dürfte. Parallel ist daher eine Erweiterung und Straffung der 5-jährigen Ausbildungssituation dringend geboten.